

Millionen für die Glasfaser

MAIN-KINZIG-KREIS In fünf Jahren sollen 50 000 Gebäude im Kreis an eine schnellere Internetverbindung angeschlossen sein.

Von Luise Glaser-Lotz

Als erster Landkreis in Hessen ist der Main-Kinzig-Kreis in das Bundesprogramm „Graue Flecken“ für den flächendeckenden Glasfaserausbau aufgenommen worden. Damit sollen möglichst viele Haushalte und Unternehmen eine gigabitfähige Glasfaseranbindung erhalten. Die Förderung gilt in erster Linie für Gebiete, in denen sich der Ausbau für private Anbieter nicht rentiert und in denen die Kommunen einspringen müssen. Insgesamt stellt der Bund dafür rund zwölf Milliarden Euro zur Verfügung. Übernommen werden 50 bis 70 Prozent der Kosten des Gigabitbaus sowie bis zu hundert Prozent der Ausgaben für externe Beratungs- und Planungsleistungen. Auch die Bundesländer beteiligen sich an den Kosten des Gigabitbaus. Förderfähig sind alle Anschlüsse, denen im Download weniger als hundert Megabit pro Sekunde zur Verfügung stehen.

Außer Schulen, Krankenhäusern und Gewerbegebieten zählen Behörden, kommunale Zweckverbände, Städte, Gemeinden und Kreise sowie kleine und mittlere Unternehmen zur Zielgruppe. Der Main-Kinzig-Kreis will über seine Breitband Main-Kinzig GmbH in den nächsten Jahren rund 200 Millionen Euro dafür investieren, dass in großem Stil auch private Haushalte kostenlos bis in die Gebäude hinein mit Glasfaseranschlüssen versehen werden. Der Bund übernimmt bis zu hundert Millionen Euro, das Land Hessen trägt bis zu 80 Millionen Euro der zuwendungsfähigen Ausgaben. „Die Versorgung der Privathaushalte mit Glasfaseranschlüssen ist das größte Infrastrukturprojekt in der Geschichte des Kreises“, sagt Winfried Ottmann (CDU), der als Kreisbeigeordneter unter anderem für die digitale Infrastruktur des Kreises zuständig ist. Mit dem Projekt sollen die Lebensqualität

und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen im Kreis verbessert und der technologische Vorsprung gesichert werden. Die Übertragungsgeschwindigkeit der Anschlüsse solle ein Gigabit betragen.

Der in weiten Teilen ländlich geprägte Main-Kinzig-Kreis passt vor allem deshalb gut in das Förderprogramm, weil er seit Jahren eine Vorbildrolle in Sachen Breitbandausbau spielt. Auf Initiative des damaligen Landrats Erich Pipa (SPD) beschloss der Kreistag am 30. März 2012 die Gründung der Breitband Main-Kinzig GmbH als hundertprozentiger Tochtergesellschaft des Main-Kinzig-Kreises. Nachdem der Kreis ein „Marktversagen“ festgestellt hatte und belegen konnte, sollte die Gesellschaft für den Aufbau der Infrastruktur für die Versorgung des gesamten Kreisgebiets mit Breitband zuständig sein.

In den folgenden Jahren schuf die Gesellschaft mit Unterstützung der Kommunen und finanziellen öffentlichen Zuwendungen eine flächendeckende Breitbandversorgung mit bis zu 50 Megabit pro Sekunde. Die Vermarktung, Instandhaltung und Optimierung der Infrastruktur übernimmt die Gesellschaft. Um Privatkunden einen Netzanbieter vermitteln zu können, wurde eine Kooperation mit der bayerischen M-net Telekommunikations GmbH eingegangen. Jetzt geht es verstärkt darum, auch die passenden Anschlüsse zu schaffen und die Kupferkabel durch die leistungsfähigere und weniger störanfällige Datenleitung der Glasfaser zu ersetzen.

Nach den Worten von Simone Roth, seit dem vergangenen Jahr Geschäftsführerin der Breitbandgesellschaft, begann der systematische Ausbau im

Jahr 2012. Danach wurden von 2015 an entlegene Höfe sowie alle Schulen an das schnelle Internet angeschlossen. Insgesamt brachte man rund 800 Kilometer Kabel unter die Erde. Alle Schulen und 15 Rathäuser sind inzwischen direkt mit Glasfaser angebunden. Bis Jahresende sollen alle Gewerbegebiete folgen. Mit der Anbindung der Privathäuser durch schnelle Datenleitungen wird Roth zufolge in diesem Jahr begonnen, wobei an mehreren Orten gleichzeitig gearbeitet werden soll.

Ziel ist es nach ihren Worten, jährlich etwa 10 000 Gebäude zu erschließen. In vier bis fünf Jahren soll das Projekt abgeschlossen sein. „Wir machen alles, was andere nicht tun wollen. Jedes Gebäude wird kostenlos angeschlossen, auch wenn die Gebäudeeigentümer erstmal noch gar kein schnelles Internet haben und einen Vertrag mit einem Anbieter abschließen wollen. Das ist die Daseinsvorsorge, die der Kreis über seine Breitbandgesellschaft den Bürgerinnen und Bürgern geben will“, sagt Ottmann. Ein solches Projekt in Trägerschaft eines Kreises suche in Deutschland seinesgleichen.

Das schnelle Internet ermögliche zahlreiche fortschrittliche Anwendungen, etwa in der Telemedizin oder für optimierte digitale Verwaltungsprozesse, sagt Roth. Gerade die Corona-Pandemie habe gezeigt, wie wichtig ein sicheres Internet sei insbesondere für Homeoffice und Homeschooling. Aktuell können Bürger auf der Homepage der Gesellschaft überprüfen, welche Gebäude für den Ausbau geeignet sind. Online ist die Abgabe einer „Grundstückseigentümergeklärung“ möglich, womit die Erlaubnis erteilt wird, mit den Arbeiten zu beginnen. Die Rede ist laut Roth von bis zu 50 000 Gebäuden sowie etwa 80 000 Wohnungen, in denen man bald schneller im Internet surfen kann.